

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 1 · 23. Januar 2006 · www.cdu-csu-ep.de



Pöttering fordert Fahrplan für Verfassungsdebatte

„Ohne Europa wird es keine Antwort auf die großen Herausforderungen, denen wir heute gegenüberstehen, geben“, erklärte der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion gegenüber dem amtierenden Ratsvorsitzenden Wolfgang Schäussel im Plenum des Europäischen Parlaments. Dabei können nicht einige Regierungen die Richtung vorgeben, sondern die gemeinsame politische Position müsse im Rahmen der Gemeinschaftsinstitutionen definiert werden. Im Rahmen der Verfassungsdebatte forderte Pöttering die österreichische Ratspräsidentschaft auf, einen Fahrplan für den weiteren Fortgang der Debatte zu erarbeiten.

Inhalt

Markus Ferber:
EU-Haushalt
Seite 2

Werner Langen:
Messgeräte Richtlinie
Seite 3

Rolf Berend:
Regionalförderung
Seite 5

Aktuelles aus der
EVP-ED-Fraktion:
kurz & bündig
Seite 7

MARKUS FERBER:

Ausreichend Geld vorhanden

EU-STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS HABEN SICH AUF FINANZRAHMEN FÜR DIE EU GEEINIGT

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich bei ihrem Brüsseler Gipfeltreffen im Dezember auf einen Finanzrahmen für die EU für die nächsten sieben Jahre geeinigt. Damit ist die Handlungsfähigkeit der EU auch bis ins nächste Jahrzehnt sichergestellt. Gleichzeitig haben die Staats- und Regierungschefs sich verpflichtet, mit dem Europäischen Parlament eine Vereinbarung über die Details der finanziellen Vorausschau zu schließen.

Im Europäischen Parlament ist unmittelbar nach der Einigung der Ruf nach zusätzlichen Mitteln laut geworden. Das verwundert auf den ersten Blick nicht, hatte sich das Parlament doch stets mehr Mittel für die europäischen Förderprogramme gewünscht. Auch der Vorschlag der luxemburgischen Regierung, der im Juni letzten Jahres am Nein der Briten, Schweden und Niederländer gescheitert war, hatte pro Jahr zusätzliche Ausgaben von rund 3 Milliarden Euro für den Haushalt der EU vorgesehen.

Dennoch muss festgehalten werden: Die EU verfügt auch mit dem Kompromiss vom Dezember über ausreichend Mittel, um die anstehenden Auf-



Markus Ferber MdEP

gaben erfüllen zu können. Deswegen sollte es bei den Verhandlungen zwischen Rat und Parlament jetzt nicht darum gehen, zusätzliche Mittel auszuhandeln. Vielmehr besteht die Aufgabe darin, intelligente Verfahren zu entwickeln, wie die EU flexibel reagieren kann, um zum Beispiel in Krisensituationen oder bei Naturkatastrophen rasch neue Finanzmittel bereitstellen zu können.

Zum zweiten sollte sich das Europäische Parlament mit dem Rat über ein neues Verfahren bei der Aufstellung des EU-Haushalts einigen. Grundlage könnte das Verfahren sein, das im gescheiterten EU-Verfassungsvertrag vorgesehen war. Ein solcher Schritt würde die Haushaltsrechte des Europäischen Parlaments weiter stärken und somit einen Beitrag zur Verringerung des Demokratiedefizits leisten. Hier könnte das Parlament mehr erreichen als sich auf ein paar zusätzliche Millionen in dem einen oder anderen Programm zu stürzen.

Und schließlich haben die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Beschluss selbst eingesehen, dass das Gefeielsche um die Finanzen, das eher einem orientalischen Bazar als seriösen Verhand-

lungen gleichkam, so in Zukunft nicht mehr weitergehen kann.

Deshalb wurde im Finanzbeschluss vom Dezember festgelegt, dass spätestens im Jahr 2009 Vorschläge zur Änderung der Finanzierungsgrundlage der Europäischen Union auf den Tisch kommen sollen. Dabei geht es sowohl um die Einnahmen- als auch um die Ausgabenseite. Hier liegen sicherlich die größten Chancen des Europäischen Parlaments, in der Frage der Finanzierung der EU gleichberechtigter Verhandlungspartner mit dem Rat zu werden.

Damit könnte das Europäische Parlament einen Beitrag leisten zu einer Entwicklung, die sich immer mehr als eine der wichtigsten Zukunftsentscheidungen der EU herauskristallisiert: die Frage nach einer eigenen, langfristig angelegten und tragbaren Finanzierungsquelle für die Europäische Union. Dies würde für die Entwicklung Europas ei-

nen Quantensprung bedeuten. Deshalb sollte in der Vereinbarung zwischen Rat und Parlament festgeschrieben werden, dass das Europäische Parlament bei der Diskussion und Beschlussfassung für ein neues System der so genannten Eigenmittel der EU voll eingebunden ist und mit dem Rat gemeinsam entscheidet.

Eines ist klar: Das Europäische Parlament kann jetzt schnelle und kurzfristige Erfolge erreichen, indem es sich für zusätzliche Mittel in bestimmten Politikbereichen einsetzt. Oder das EP kann dauerhaft dafür sorgen, den europäische Haushalt, seine Aufstellung und die Festlegung der Einnahmequellen zu demokratisieren. Langfristig ist nur die zweite Alternative der richtige Weg.

Markus Ferber (CSU) ist Vorsitzender der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

WERNER LANGEN:

Toleranzgrenzen bei EU-Messgeräterichtlinie bleiben gleich

EU ERLAUBT KEINE „ABZOCKE“ AN DER ZAPFSÄULE

„Die neue EU-Messgeräterichtlinie, die bereits im April 2004 in Kraft getreten ist und die in Deutschland bis Oktober 2006 umgesetzt werden muss, hat zu keiner Änderung der Fehlergrenzen bei Zapfsäulen geführt.“ Darauf hat der CDU-Europaabgeordnete Werner Langen hingewiesen. „Die Medienberichte, wonach die deutschen Verbraucher an Tankstellen künftig we-

gen der EU-Messgeräterichtlinie größere Fehlergrenzen hinnehmen und damit mehr bezahlen müssten, sind falsch!“

Bereits in der seit 1971 geltenden EU-Regelung war die Toleranzgrenze für Kraftstoffzapfanlagen bei 0,5 Prozent festgelegt. Damit gilt eine Tankanlage als korrekt, wenn sie nicht mehr als 0,5 Prozent mehr oder weniger angibt. Bei Zapfanlagen für Kraftstoffe (außer Flüss-

siggas) wird eine Fehlergrenze für die Anzeige von 0,5 Prozent für Füllmengen von mindestens zweieinhalb Liter toleriert.

Langen: „Die EU erlaubt weder eine „Benzinabzocke“ noch ist die Bezeichnung „Schlamp-Richtlinie“ angemessen.“ Da der Grenzwert von 0,5 Prozent im Rahmen der Revision der bestehenden EU-Regelungen nicht



Werner Langen MdEP

verändert worden sei, seien entsprechende Vorwürfe „aus der Luft gegriffen“. Ziel der Messgeräte-Richtlinie von 2004 sei die Vereinfachung für Nutzer, Hersteller und Vollzugsbehörden der Mitgliedstaaten. Künftig könne bei eichpflichtigen Geräten teilweise auf ein nachträgliches Eichverfahren verzichtet werden. Aufgrund der steigenden Genauigkeit der Messgerätechnik und der Möglichkeit, auf einfachere und kostengünstigere Maßnahmen zurückzugreifen oder ganz darauf zu verzichten, würden erhebliche Strukturänderungen bei den Eichbehörden anstehen. Es bleibe jedoch dabei, dass Geräte künftig stichprobenartig geprüft oder Eigenkontrollen ermöglicht werden, um die notwendige Messsicherheit zu gewährleisten.

Langen zeigte sich empört darüber, mit welchen Methoden Falschmeldungen verbreitet würden, um vorgesehene Veränderungen bei Ersteichung, Kontrolldichte und Kontrollaufwand zu verhindern. Auch die neue Messgeräte-Richtlinie und die von der Bundesrepublik Deutschland geforderte Umsetzung bis Oktober 2006 würde nichts daran ändern. Tatsächlich betrage die

Verkehrstoleranz, also die tatsächliche Abweichung, in den vergangenen Jahren nur 0,2 Prozent. Dies werde sich entgegen Behauptungen der Eichbehörden nicht ändern, auch wenn künftig weniger Kontrollen stattfinden würden. Wie die so genannte „Einseitigkeitsregelung“ in der deutschen Verordnung ausgeglichen werden

könne, sei nicht entschieden.

Die Bundesregierung sei nunmehr gefordert, eine Umsetzung vorzubereiten, die zwischen beiden Sachverhalten scharf trenne: der notwendigen Umsetzung der EU-Messgeräte-Richtlinie auf der einen Seite und der Eichordnung auf der anderen Seite.

Dabei will das zuständige Bundesministerium die bisher übliche Verdopplung der deutschen Werte abschaffen und als maximale Grenze nach oben und unten 0,5% bei Zapfsäulen festlegen. Eine Verdopplung der tatsächlichen Fehlertoleranz – auf 1% wie behauptet – wird also verhindert.

Das ARD-Magazin „Kontraste“ hatte behauptet, dass nach dem Wegfall der Einseitigkeitsbedingungen „Zapfanlagen bis zu 1 Liter ungenau sein [dürften], das sind 0,8 Liter mehr als heute.“ Diese Schlussfolgerung ist falsch.

Der Vorwurf von „Kontraste“, „die Bundesregierung plane einen heimlichen Griff in die Taschen von Millionen Heizöl- und Kraftstoffkunden“, sei unberechtigt und entbehre jeder Grundlage, da bisher noch kein deutscher Gesetzentwurf vorliegt.

ROLF BEREND:

Fortsetzung staatlichen Beihilfen für benachteiligte Regionen bis 2013

KEINE EU-FÖRDERUNG VON BETRIEBSVERLAGERUNGEN

Das Europäische Parlament hat sich in einem Initiativbericht klar für die Fortsetzung staatlicher Beihilfen für benachteiligte Regionen bis 2013 ausgesprochen.

Die Unterstützung von Unternehmen durch staatliche Beihilfen ist einer der Faktoren, der die Entscheidung von Unternehmen zur Investition in einem bestimmten Gebiet beeinflusst und somit zum Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in dem Gebiet beiträgt.

Grundsätzlich sind nach EG-Vertrag Artikel 87-89 staatliche Beihilfen nicht erlaubt, sofern sie sich nachteilig auf den Binnenmarkt auswirken, da sie zur Verzerrung des Wettbewerbs führen können. Bestimmte staatliche Beihilfen für spezielle Zwecke sind jedoch von diesem Grundsatz ausgenommen, etwa solche zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligter Regionen in Europa.

Staatliche Direktbeihilfen in ihrer Schlüsselfunktion als Instrument der regionalen Entwicklung sind ein wichtiges Mittel zur Erreichung des vorrangigen Kohäsionsziels, so meine Argu-



Rolf Berend MdEP

mentation als Schattenberichterstatler für die EVP-ED Fraktion, dem sich auch das Parlament mehrheitlich anschloss.

Die beihilferechtlichen Spielräume, wie sie sich aus Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a EGV in Verbindung mit den Leitlinien für Regionalbeihilfen ergeben, haben es den betroffe-

nen Regionen in der Vergangenheit ermöglicht, den Aufholprozess durch die Ansiedlung von Unternehmen aktiv zu gestalten. Bei einem Verlust dieser Fördermöglichkeit gemäß Art. 87 (3) a wäre der Konvergenzprozess dieser Regionen auf Grund des fehlenden Wettbewerbsvorteils gegenüber Regionen ohne Entwicklungsrückstand auf der einen und Förderhöchstgebieten in den neuen Mitgliedstaaten auf der anderen Seite gefährdet. Dies gilt besonders für Regionen mit einer Außengrenze zu den neuen Mitgliedstaaten.

Regionen, die dem statistischen Effekt unterliegen, werden auch weiterhin unter Art. 87 (3) a fallen und genauso behandelt wie die Regionen, die aufgrund ihres Entwicklungsrückstands unter das Konvergenzziel fal-

len. Eine Revision zur Halbzeit des Planungszeitraumes 2007 bis 2013 entfällt.

Neu ist, dass zusätzliche Indikatoren, wie z.B. die Arbeitslosenquote zur Einstufung der förderfähigen Gebiete herangezogen werden. Wichtig hierbei ist jedoch, dass Indikatoren gewählt werden, die die Abweichungen der regionalen Entwicklung in ihren verschiedenen Erscheinungsformen dynamisch darstellen, damit die Mitgliedstaaten besser das relative Wohlstandsniveau der Regionen und somit ihre Förderfähigkeit messen können.

Des Weiteren betont der Bericht die Wichtigkeit des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU. „Ländlichen Gebieten, vom Struktur-

wandel betroffenen Gebieten, städtischen Gebieten mit rückläufiger Entwicklung sowie Regionen, die unter schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Benachteiligungen leiden, soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Mit Blick auf Betriebsverlagerungen macht das Parlament unmissverständlich deutlich, dass eine diesbezügliche EU-Förderung keinen Nutzen auf europäischer Ebene bringt und deshalb vor diesem Hintergrund keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen.

Rolf Berend (CDU Thüringen) ist stellv. Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments.

Österreichische Ratspräsidentschaft muss Grundstein für Reformen legen

Anlässlich der Präsentation des Arbeitsprogramms der österreichischen Ratspräsidentschaft betonten die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (EP), Hartmut Nassauer (CDU) und Markus Ferber (CSU), das EP sei bei den Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau der EU 2007 bis 2013 gesprächsbereit. Die beiden Vorsitzenden forderten, die Europäische Union dürfe den Blick auf ihre Handlungsfähigkeit nicht verlieren. „Wir wollen eine Europäische Union, die über die Mittel und Strukturen verfügt, um ihren Aufgaben gerecht zu werden“. Das EP wolle bei den Verhandlungen um den künftigen Finanzrahmen der EU eine konstruktive Rolle spielen. Auch bei der Frage des europäischen Verfassungsvertrages könne das EP wichtige Impulse liefern.

Nassauer und Ferber forderten, die Verhandlungen um die EU-Finzen, wie auch die Debatte um den europäischen Verfassungsvertrag, müssten unter dem Stichwort „Handlungsfähigkeit“ geführt werden. Bei der Frage des Verfassungsvertrages sei es wichtig, im Laufe des Jahres 2006, spätestens aber unter der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, erste Antworten für die künftigen Entscheidungsstrukturen der Europäischen Union zu finden.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Hans-Gert Pöttering begrüßt Entscheidung zu mehr Transparenz im Rat

Als positives Signal für mehr Transparenz und Demokratie in der Europäischen Union hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), die Entscheidung des Rates begrüßt, künftig Debatten und Abstimmungen über Gesetzgebungsvorschläge im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens mit größerer Öffentlichkeit zu führen.

Diese Entscheidung entspreche einer seit langem erhobenen Forderung der EVP-ED-Fraktion, dieses Element der Verfassung unverzüglich umzusetzen. Zuletzt hatten die Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament in einem gemeinsamen Schreiben Ende November 2005 den britischen Ratsvorsitz aufgefordert, für mehr Transparenz im Gesetzgebungsverfahren zu sorgen.

„Es ist ein positives Signal an die europäischen Bürgerinnen und Bürger, dass der Rat dieser Aufforderung nachgekommen ist“, erklärte Pöttering. Demnach sollen zukünftig Entscheidungen zur Gesetzgebung nach dem Mitentscheidungsverfahren sowie die Debatten zu Beginn und zum Abschluss der entsprechenden Gesetzgebungsverfahren öffentlich sein. Pöttering sagte, dies sei ein guter Schritt zu mehr Transparenz im Rat. Diese sollte allerdings nicht auf die Gesetzgebung im Mitentscheidungsverfahren beschränkt bleiben.

■ Bilanz der britischen Ratspräsidentschaft

Der britische Premierminister Tony Blair kam Ende Dezember zu einer Sondersitzung in das Europäische Parlament, um Bilanz zu ziehen über die britische Ratspräsidentschaft der EU. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**, sprach Blair seinen Dank und seine Anerkennung aus. In der gemeinsamen Aussprache wies Pöttering darauf hin, dass die auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember erzielten Ergebnisse insbesondere im Hinblick auf die Finanzielle Vorausschau vom Europäischen Parlament noch gebilligt werden müssen. „Der Rat hat bis jetzt nur eine Einigung über seine Verhandlungsposition zur Finanziellen Vorausschau erzielt. Darüber muss nun verhandelt werden. Das Europäische Parlament ist bereit zu diesen Verhandlungen“, erklärte Pöttering. Es komme entscheidend darauf an, mit der österreichischen Präsidentschaft auf gleichberechtigter Basis konstruktive Ergebnisse bei der Finanzperspektive zu erzielen. Dabei gehe es ausdrücklich nicht nur um Zahlen, sondern auch um die richtigen inhaltlichen Prioritäten und Reformen bei der Ausgabenstruktur. Pöttering: „Der Rat handelt hier nicht allein. Das Europäische Parlament wird ihn deshalb beim Wort nehmen, um für eine faire und gute Ausgaben- und Einnahmenstruktur in einer erweiterten Europäischen Union zu sorgen. Die de-

mokratische Kontrolle einer ordnungsgemäßen und verantwortungsvollen EU-Finanzpolitik muss in allen Bereichen gewährleistet sein, einschließlich der europäischen Mittel, die die Mitgliedstaaten ausgeben“. Nach Großbritannien übernimmt Österreich bis Ende Juni 2006 den Ratsvorsitz der Europäischen Union.

■ **Arbeitsprogramm 2006 der EU-Kommission**

Die EVP-ED-Fraktion will die Lissabon-Strategie für mehr Wirtschaftswachstum weiter vorantreiben. Dies sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Françoise Grossetête** (Frankreich) in einer Debatte mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und Vertretern des Ministerrates, zum Arbeitsprogramm 2006 der Europäischen Kommission. Nötig seien dazu unter anderem konkrete Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen von Globalisierung, Klimawandel und Energiepolitik. Als weiteres wichtiges Anliegen der EVP-ED-Fraktion nannte Grossetête die Vollendung des Binnenmarktes, der auch den Verbrauchern zugute komme. Die Wirtschaft in Europa müsse sich zudem darauf verlassen können, dass bedeutende Vorhaben wie die Transeu-

ropäischen Netze, deren Finanzierung aus dem EU-Haushalt, aber auch durch öffentlich-private Partnerschaften erfolgen sollte, so rasch wie möglich realisiert werden. Auf ihrem Gipfel in Lissabon im Jahr 2000 hatten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union das Ziel vereinbart, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

■ **Gedenken an Alcide de Gasperi**

Zum 50. Todestag von Alcide de Gasperi organisierte die Fondazione Alcide de Gasperi in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament eine internationale Ausstellung mit dem Titel „Alcide de Gasperi – ein Europäer vor seiner Zeit“. Die EVP-ED-Fraktion ehrte damit das Andenken eines großen europäischen Politikers, der als einer der Väter der heutigen Union angesehen wird. Die Ausstellung wurde während der Dezember-Plenartagung in Straßburg eröffnet und befasste sich vornehmlich mit dem Leben dieses berühmten Staatsmannes, wozu auch Dokumente seiner Arbeit, Reden, Briefe, Photographien und andere Gegenstände gehörten.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.